

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Gemeinderat der Großen Kreisstadt Albstadt**

Markus Dapp Hörnleweg 2 72459 Albstadt



Albstadt, 10. Dezember 2010

Sitzung des Gemeinderats der Stadt Albstadt am 9.12.2010:

Haushalt 2011 und mittelfristige Finanzplanung 2010/2014 der Stadt Albstadt

—

Stellungnahme des Vorsitzenden der SPD-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort.

**SPD-Gemeinderatsfraktion
Hörnleweg 2
72459 Albstadt**

**Telefon
(0 74 35) 91 07 96
Telefax
(0 74 35) 9 10 61 10**

**e-mail
Markus.Dapp@t-online.de
Internet
www.spd-albstadt.de**

**Bankverbindung
SEB Bank
BLZ 653 101 11
Konto 306 316 06 01**

I. Vorbemerkungen

Vor einem knappen halben Jahr habe ich meine Rede zum Haushalt 2010 wie folgt geschlossen: „*Wir hoffen, dass weder die veröffentlichte Meinung, noch Amts- und Mandatsträger durch das voraussichtliche kleine „Zwischenhoch“ der Stadtfinanzen 2011 zu Entwarnungs-Rhetorik verleitet werden: Dass der Finanzausgleich 2011 auf der katastrophalen Lage 2009 basiert, rechtfertigt kein Nachlassen beim Konsolidieren.*“

Ende 1999 stand Albstadt einerseits mit gut 34 Millionen Euro in der Kreide und konnte andererseits Rücklagen in Höhe von gut 10 Millionen Euro aufweisen; der bereinigte Schuldenstand belief sich auf rund 24 Millionen Euro. Ende 2008, also vor der – von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, so genannten – „*vermaledeiten*“ Krise, lag diese Ziffer bereits um rund 56 % höher bei gut 37 Millionen Euro – obgleich die Bäder-Defizite zwischenzeitlich aus dem städtischen Zahlenwerk ausgebuht und den Albstadtwerken übertragen worden waren.

Ende diesen Jahres liegt der bereinigte Schuldenstand bei 55,5 Millionen Euro, also um 131 % höher als vor elf Jahren – trotz der 5 Millionen Euro, die sich die Stadt 2010 bei den Stadtwerken holen musste, und die diese ihrerseits über Kredite finanzieren mussten.

Für 2014 geht die Stadtverwaltung nach der jüngsten Steuerschätzung von bereinigten städtischen Schulden in Höhe von knapp 50 Millionen Euro aus – immer noch mehr als doppelt so viel wie anno 1999, bei einer seit damals voraussichtlich um 4200 Einwohner geschrumpften Bevölkerung.

Unstrittig hat die Krise Albstadt schwer gebeutelt. Ebenso unstrittig sollte sein, dass sich lange genug und krisenunabhängig zwischen Einnahmen und Ausgaben eine Lücke chronisch verfestigten konnte.

Meine Fraktion widersteht der Versuchung, sich mit dem Hinweis „Hätte die Mehrheit nur früher auf uns gehört!“ aus der Affäre zu stehlen. Noch so zutreffende Analysen der Versäumnisse in den vergangenen elf Jahren helfen allein wenig beim Ordnen der Stadtfinanzen.

Wir verschweigen heute so wenig wie vor einem halben Jahr: Konsolidierung heißt in letzter Konsequenz, den Bürgerinnen und Bürgern etwas wegzunehmen. Vor diesem Hintergrund begreifen wir auch Bürgerprotest weder als Aufruf zur Abkehr vom Konsolidierungskurs noch als Freibrief für Verantwortungslosigkeit. Sondern als Ermahnung zu Transparenz.

II. Prioritäten unter Konsolidierungsdruck/Konsolidierungskatalog vom Juni

Transparenz ist die notwendige Bedingung für eine breite Basis des Konsolidierungskurses in der Bürgerschaft. Vielleicht haben wir es im Gemeinderat auch an der offensiven Darstellung der Prioritäten fehlen lassen, die wir setzen.

Ohne den Anteil schmälern zu wollen, den andere Fraktionen und Gruppen früher oder später geleistet haben, will ich gerade als Sozialdemokrat mit einem gewissen Stolz herausstreichen, wo Albstadt Prioritäten setzt:

Die 2011 geplanten laufenden Ausgaben für verlässliche Grundschule, Ganztages- und Hausaufgabenbetreuung, Sprachförderung, Schulsozialarbeit, städtische Kindertagesstätten und Jugendhäuser liegen um rund 760.000 Euro höher als 2005.

Zusätzliche, in der mittelfristigen Finanzplanung der Verwaltung noch nicht berücksichtigte Ausgaben etwa infolge landesrechtlich vorgegebener höherer Qualitätsanforderungen im Kindergartenbereich sind trotz rückläufiger Kinderzahl absehbar.

Wer um diese Aufgaben weiß, wer zudem noch die Albstadt-weite Herausforderung des Stadtumbaus, der Instandhaltung und Sanierung von Gebäuden, Straßen, Plätzen und Kanälen kennt – der weiß auch: Es ist immer leichter, zu sagen, wo gerade nicht gespart werden darf.

Albstadt steht auch ein halbes Jahr nach dem überfälligen Beginn des Konsolidierungskurses am Scheideweg: Einfach zusätzliche Ausgaben etwa im Bereich der Kinderbetreuung „drauf zu satteln“, ohne Einschnitte an anderer Stelle vorzunehmen – das verbietet sich. Das wäre der weitere Marsch in die Verschuldung, für die letztlich gerade die vielzitierten „kleinen Leute“ gerade stehen.

Ich weiß, wie leicht die allzu pauschale Vorhaltung verfängt, Sparen dürfe kein „Kaputt-Sparen“ sein, wie leicht Konsolidierung in den Ruch des „Unsozialen“ gerückt werden kann.

Ich will dem mit einer zugegebenermaßen ebenso pauschalen Feststellung begegnen, die für alle Finger der öffentlichen Hand und nicht nur für die Kommunen, nicht nur für Albstadt, gilt: Auch Schulden bedeuten a priori Umverteilung – und zwar hin zu denen, die Geld zu verleihen haben.

Der Gemeinderat hat im Juni ein Konsolidierungspaket verabschiedet, das mehrere Dutzend Punkte umfasst.

Mit unterschiedlichen Worten, aber im Tenor gleich klingend, haben die wesentlichen Kräfte des Gemeinderats dieses Paket als „Etappenziel“ oder auch als „Zwischenstation“ gewertet. Das gilt unverändert – die Konsolidierungsarbeit geht auch im neuen Jahr weiter.

Ich verzichte darauf, mich in Wiederholungen meiner Vorredner zu ergehen – und beschränke mich auf drei Punkte:

Erstens: Die SPD-Fraktion steht zur Reduzierung des Zuschussbedarfs bei der Musik- und Kunstschule. Rund 500.000 Euro – das ist die Marke, die wir als verbleibenden städtischen Zuschussbedarf anstreben.

Zweitens: Namens meiner Fraktion bekräftige ich, dass mehr Bescheidenheit bei Möblierung und Oberflächengestaltung der Ebinger Innenstadt entscheidend sind für das notwendige Vertrauen in der Bevölkerung.

Drittens: Meine Fraktion verfolgt – der eine weniger, der andere mehr – mit Argusaugen den „Masterplan Tourismus“. Um hier, Herr Oberbürgermeister, Missverständnissen vorzubeugen, denen oberflächliche Leser Ihrer Haushaltsrede erliegen könnten: Wir sehen nicht, dass irgendein Teil des „Konzerns“ Albstadt die Rolle des Investors in bzw. Betreibers von Übernachtungskapazitäten übernehmen könnte.

III. Gewerbesteuer

Damit bin ich beim Punkt, der in den letzten Tagen für mehr oder minder lautes Rumoren gesorgt hat – bei der Gewerbesteuer.

Auf die Gefahr hin, mich einer ausgeprägten Neigung zur Selbst-Referenz verdächtig zu machen, will ich an dieser Stelle nochmals auf meine Haushaltsrede am 24.6. zurück greifen. Ich will damit die Minimal-Anspruch unterstreichen, den ich an mich selbst stelle: den der Beständigkeit. Zumindest für meine Fraktion ist die Devise „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern ...“ keine Leitschnur. Andere dürfen das getrost mit sich selbst ausmachen.

Und damit zum beliebten Kapitel „Dapp zitiert Dapp“ ... Ich habe in öffentlicher Gemeinderatssitzung am 24.6 erklärt:

„Wir verhehlen nicht: Wir Sozialdemokraten hätten es gern gesehen, wenn wir gleich die Parkgebühren erhöht und von der Grundsteuer in diesem Jahr die Finger gelassen hätten. Im Jahr 1 nach der Krise, die für viele Bürgerinnen und Bürger Einkommenseinbußen etwa durch Kurzarbeit bedeutet hat, und vielen Betrieben gerade die Teilhabe

an der einsetzenden Konjunkturerholung schwer macht! Ebenso wenig verhehlen wir, dass wir ab 2011 stets von einer Anpassung des Grundsteuer- und des Gewerbesteuerhebesatzes ausgegangen sind.“

Ich habe vor einem halben Jahr weiter ausgeführt:

„Ich vertraue da auf allseitige Unvoreingenommenheit. Aus meiner Sicht ist die These gerechtfertigt: Eine moderate Anhebung des Hebesatzes würde bei der großen Mehrheit der Albstädter Gewerbesteuerzahler komplett durch Anrechnung auf die Einkommenssteuer kompensiert. Andererseits könnten für Investitionen (...) und damit für Aufträge an die heimische Wirtschaft 1:1, also ohne Schmälerung durch Umlagen oder Finanzausgleich, zusätzliche Mittel generiert werden.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihnen liegt der Antrag meiner Fraktion und der Grünen-Stadträte vor, den Hebesatz der Gewerbesteuer zum 1. Januar 2011 um 5 Prozentpunkte zu erhöhen. Auf der Basis der von der Verwaltung in der mittelfristigen Finanzplanung von Anfang November 2010 angesetzten Gewerbesteuereinnahmen rechnen wir bei diesem Schritt in den Jahren 2011 bis 2014 mit kumulierten Mehreinnahmen in einer Höhe von gut 1 Million Euro.

Wir lassen in der Begründung dieses Antrags keinen Zweifel aufkommen: Wir wollen die Hebesatz-Erhöhung nicht als Ersatz für beschlossene und anstehende Ausgabenkürzungen verstanden wissen. Sondern als Vorsorge für in der mittelfristigen Finanzplanung nicht berücksichtigte Haushaltsrisiken und als Beitrag zur Sicherung der Investitionskraft der Stadt Albstadt.

Für Albstadts Gewerbesteuerpflichtige bedeutet eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes um fünf Prozentpunkte in den meisten Fällen keine Erhöhung der effektiven Gesamtsteuer-Last: Einzelunternehmer und Personengesellschaften, die etwa drei Viertel der Albstädter Gewerbesteuerzahler ausmachen, können seit der Unternehmenssteuerreform 2008 Gewerbesteuerzahlungen in aller Regel bis zu einem Hebesatz von 380 v. H. vollständig auf die Einkommensteuer anrechnen.

Im äußersten Fall, d. h. insbesondere bei Kapitalgesellschaften, entspricht eine Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes um fünf Prozentpunkte einer Mehrbelastung des maßgeblichen Gewerbeertrags um 0,175%.

Mir ist die Grundsatzkritik, die es an der Gewerbesteuer – namentlich seit der Unternehmenssteuerreform 2008 – gibt, vollauf bewusst: Es geht um die Hinzurechnung eigentlich ertragsfremder Elemente zum „maßgeblichen Gewerbeertrag“. Ich will mich rhetorisch nicht allzu tief in ein Seminar für betriebliche Steuerlehre verirren. Ich will nur so viel sagen

– und ich hab's bereits vor der Sommerpause allen Fraktions- und Gruppenvorsitzenden-Kollegen kommuniziert: Freibetragsregelungen gewährleisten, dass es gerade bei ertragschwachen Einzelunternehmern und Personengesellschaften nicht zu einer Gewerbesteuerzahlung kommt. Und um einem möglichen grundlegenden Missverständnis vorzubeugen: Wer bislang keine Gewerbesteuer zahlt, zahlt auch nach der Erhöhung keine!

Ich gebe gern zu: Ich persönlich hätte diesen Antrag auf Erhöhung der Gewerbesteuer nicht gestellt, wenn nicht im Zuge der Unternehmenssteuerreform 2008 die Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer eingeführt worden wäre.

Heute sage ich: Die von SPD und Grünen beantragte moderaten Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes ist eine Konsolidierungsmaßnahme mit Augenmaß. Sie unterstreicht nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit der Bemühungen des Gemeinderats um geordnete Stadtfinanzen vor dem Hintergrund vielfältiger bereits beschlossener und für die Bürgerinnen und Bürger spürbarer Abgabenerhöhungen.

Ich verhehle nicht: Widerstand gegen diese moderate Maßnahme – nochmals: Schlimmstenfalls geht es 0,175 % Mehrbelastung! – irritiert mich. Ich habe in anderthalb Jahren Zugehörigkeit zu diesem Gremium den Eindruck gewonnen, dass Ideologen keine Chance haben – sondern Pragmatismus zählt. Ich frage mich heute: Sollte ich mich getäuscht haben?

Um alle Befürchtungen zu zerstreuen: Wer wie wir Sozialdemokraten Bismarck, Wilhelm Zwo, Oskar Lafontaine und noch Schlimmeres überstanden hat, der wird selbst dann nicht aus den Latschen kippen, wenn uns die Gemeinderatsmehrheit in Sachen Gewerbesteuer nicht folgen sollte. Es gibt kein Junktim zwischen unserer Zustimmung zum Haushalt 2011 und dem Schicksal unseres Änderungsantrags. Wir sind eben keine Dogmatiker. Lautes Zähneknirschen möge man uns dann aber nachsehen.

IV. Fazit

Bei der zweiten Haushaltsrede binnen einen halben Jahres sollte die Geduld der Zuhörer nicht zu sehr auf die Probe gestellt werden. Ich halte also, lieber Kollege Pommerencke, meine „Silberzunge“ im Zaum.

Was bleibt, ist keine Pflichtübung: Wir danken von Herzen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ganzen „Konzerns“ Albstadt und allen in und für Albstadt ehrenamtlich Engagierten für ihren stetigen Einsatz.